

STUDIEN ZUR DEUTSCHLANDFRAGE

BAND 8

Wirtschaftsverfassung
und Wirtschaftspolitik der DDR



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Wirtschaftsverfassung
und Wirtschaftspolitik der DDR**

STUDIEN ZUR DEUTSCHLANDFRAGE

Herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis

BAND 8



Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik der DDR

Mit Beiträgen von

Kurt Erdmann · Gernot Gutmann
Herwig E. Haase · Maria Haendcke-Hoppe
Erika Lieser · Siegfried Mampel
Klemens Pleyer · Karl C. Thalheim
Gottfried Zieger



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Die in dieser Reihe veröffentlichten Beiträge geben
ausschließlich die Ansichten der Verfasser wieder.**

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik
der DDR / mit Beitr. von Kurt Erdmann . . . —**
Berlin: Duncker und Humblot, 1984.

(Studien zur Deutschlandfrage; Bd. 8)
(Veröffentlichung / Göttinger Arbeitskreis;
Nr. 432)

ISBN 3-428-05641-8

NE: Erdmann, Kurt [Mitverf.]; Göttinger Arbeits-
kreis: Veröffentlichung; 1. GT

Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung Nr. 432

Alle Rechte vorbehalten

© 1984 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1984 bei Werner Hildebrand, Berlin 65

Printed in Germany

ISBN 3-428-05641-8

INHALT

Ideologische und politische Grundlagen des Wirtschaftssystems der DDR	
Von Prof. Dr. <i>Karl C. Thalheim</i> , Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin	7
Defizite der theoretischen Grundlagen für ordnungspolitische Reformen in der DDR	
Von Prof. Dr. <i>Gernot Gutmann</i> , Universität Köln	27
Die Wirtschaftsverfassung der DDR	
Von Prof. Dr. <i>Gottfried Zieger</i> , Universität Göttingen	43
Die Rechtsstellung der Kombinate	
Prof. Dr. <i>Siegfried Mampel</i> , Gesellschaft für Deutschlandforschung, Berlin	69
Reformbemühungen am DDR-Wirtschaftssystem in den 70er Jahren	
Von Dipl.-Kfm. <i>Kurt Erdmann</i> , Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin	101
Der Wirtschaftsvertrag in der DDR. Entwicklung, Gegenwartsprobleme, Reform	
Von Prof. Dr. <i>Klemens Pleyer</i> , Universität Köln	125
Möglichkeiten und Grenzen privatwirtschaftlicher Betätigung in der DDR	
Von Dipl.-Volkswirt <i>Maria Haendcke-Hoppe</i> , Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin	145

Die Rolle der öffentlichen Finanzen im Wirtschaftssystem der DDR

Von Dr. *Herwig E. Haase*, Osteuropa-Institut der Freien Universität
Berlin 165

Die Handhabung des Außenhandelsmonopols in der DDR

Von Dr. *Erika Lieser-Triebnigg*, Köln 179

Die Beiträge dieses Bandes fußen auf Vorträgen, die auf der Wissenschaftlichen Fachtagung des Göttinger Arbeitskreises am 30. und 31. Oktober 1981 in Göttingen gehalten wurden.

IDEOLOGISCHE UND POLITISCHE GRUNDLAGEN DES WIRTSCHAFTSSYSTEMS DER DDR

Von Karl C. Thalheim

Als am 22. April 1946 auf dem sog. „Vereinigungsparteitag“ in Ostberlin KPD und SPD der sowjetischen Besatzungszone und Ostberlins zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) zusammengeschlossen wurden, war die Grundlage für ein Wirtschaftssystem gelegt, das in den entscheidenden Grundzügen dem Sowjetsystem nachgebildet wurde. Die weitgehende Übereinstimmung beider Systeme zeigte sich bald sowohl in ihrer politischen Struktur als auch in der zugrundeliegenden Ideologie. Natürlich hat es in der SBZ bzw. DDR noch eine geraume Zeit gedauert, bis die Angleichung an das angestrebte Vorbild annähernd gelungen war, und einige Unterschiede bestehen auch heute noch sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich, wenn auch ohne Zweifel die Gemeinsamkeiten größer sind.

Die Entwicklung der *Verfassung der DDR* zeigt deutlich diese fortschreitende Anpassung. In der ersten Verfassung vom 7. Oktober 1949 ist noch von „Deutschland“ die Rede, das als „eine unteilbare demokratische Republik“ bezeichnet wird. Dem Staat wird in dieser Verfassung zwar die Aufgabe gestellt, durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt zu sichern; es ist auch — ohne größere Betonung — von einem „öffentlichen Wirtschaftsplan“ die Rede, die Ordnung des Wirtschaftslebens soll den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit entsprechen, die Wirtschaft hat dem Wohle des ganzen Volkes und der Deckung seines Bedarfes zu dienen; aber „im Rahmen dieser Aufgaben und Ziele ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen gewährleistet.“

Ganz anders die Verfassung vom 6. April 1968! Schon im Vorspruch wird sie als „sozialistische Verfassung“ bezeichnet; der für die Wirtschaftsordnung maßgebende Art. 9 legt fest:

- a) daß die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht,
- b) daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Grundsatz der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie aller anderen gesellschaftlichen Bereiche gilt. „Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist sozialistische Planwirtschaft.“

Die Verfassungsänderung vom 7. Oktober 1974 hat in Art. 1 aus dem „sozialistischen Staat deutscher Nation“ den „sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern“ gemacht. Im Art. 9 wurde „die zielstrebige Verwirklichung der sozialistischen ökonomischen Integration“ neu aufgenommen; außerdem wurde entsprechend der unter Honecker veränderten Terminologie die bis dahin stereotype Bezeichnung „Planung und Leitung“ in „Leitung und Planung“ umgestellt. Beide Fassungen enthalten im Unterschied zu der Verfassung von 1949 den für die politische Struktur des zweiten deutschen Staates entscheidenden Satz: „Sie (nämlich die DDR) ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land *unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.*“ (Hervorhebung von mir. Th.)

Damit sind wir mitten drin in der Erörterung sowohl der ideologischen als auch der politischen Grundlagen des Wirtschaftssystems der DDR. Es erscheint mir völlig unmöglich, das weitgespannte Thema als Ganzes zu behandeln; ich kann in diesem Kreise ohne Zweifel auch sehr vieles als bekannt voraussetzen. Daher möchte ich mich auf 4 Themen beschränken, die innerhalb der DDR-Forschung seit etwa 1 1/2 Jahrzehnten in wachsendem Maße kontrovers geworden sind. Sie lauten:

1. Welche Rolle spielt für die heutige Wirtschaftspolitik der SED die Ideologie? Kann man noch von einer Ideologiegebundenheit des Systems sprechen, oder ist dieses ganz überwiegend pragmatisch geworden?
2. Haben sich in der konkreten Auslegung dessen, was als „sozialistische Planwirtschaft“ verstanden wird, Änderungen vollzogen? Wenn ja, sind diese systemverändernd?
3. Kann man im heutigen Wirtschaftssystem der DDR noch eine Erscheinungsform des Totalitarismus sehen?
4. Wie groß ist der Einfluß der Sowjetunion und der „sozialistischen ökonomischen Integration“ auf die Wirtschaft der DDR? Ist diese noch Satellit der Sowjetunion — oder inzwischen zum Juniorpartner geworden?

Es dürfte deutlich ein, daß diese Fragen nicht nur theoretisch und wissenschaftlich wichtig sind, sondern daß die richtigen Antworten darauf auch politische Relevanz besitzen.

Zur ersten Frage: Welche Rolle spielt für die heutige Wirtschaftspolitik der SED die *Ideologie*? Dazu muß ich zunächst erläutern, was hier unter Ideologie verstanden werden soll. Gemeint ist nicht der Marxsche Begriff, der Ideologie mit „falschem Bewußtsein“ gleichsetzte. Das „Ökonomische Lexikon“ der DDR formuliert in seiner neuen 3. Auflage folgendermaßen: „Ideologie = spezifische Gesamtheit von Bewußtseinsinhalten und -formen, in denen jeweils die Interessen einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse oder Schicht, sozialen Gruppierung oder Bewegung zum Ausdruck gebracht

werden.“ Es heißt dann weiter: Da das Klasseninteresse des Proletariats mit dem gesellschaftlichen Fortschritt zusammenfalle, könne das Proletariat die Klassenschranken der Erkenntnis überwinden. In der sozialistischen Ideologie seien Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit nicht nur vereinbar, sondern bedingten einander. Die „Partei der Arbeiterklasse“ — die SED also — müsse die ideologische Arbeit in das Zentrum ihrer Führungstätigkeit stellen und die pluralistische Idee verschiedener „Marxismen“ strikt zurückweisen¹.

Die zuletzt genannte These bedeutet, daß die SED — natürlich zusammen mit der Sowjetunion — den Anspruch erhebt, daß ihre Auffassung vom Marxismus — nämlich die marxistisch-leninistische — die einzig richtige sei und daß allein sie als „Sozialismus“ anerkannt werden könne. So hieß es noch ganz kürzlich in einem längeren Aufsatz des „Neuen Deutschland“:

„An immer neuen Sozialismusmodellen, auch wenn sie mit Beiwörtern wie menschlich, demokratisch, wahrhaft usw. dekoriert werden, haben wir kein Interesse. Die modernen Fahrzeuge in die sozialistische Zukunft mußte man uns doch einmal in Funktion vorführen. Aber das kann keiner. Wir bleiben bei den „marxistisch-leninistischen Prinzipien“².

Hier wird also für die marxistisch-leninistische Auffassung des in so vielen Gestalten auftretenden Sozialismus Unfehlbarkeit beansprucht. In der DDR-Literatur der letzten Zeit ist dieser Totalitätsanspruch des Marxismus-Leninismus mehrfach stark betont worden — sicherlich nicht zuletzt im Hinblick auf die Entwicklung in Polen.

Wenn wir nun die Frage stellen, wieweit die DDR-Führung der Ideologie des Marxismus-Leninismus treugeblieben ist, so kann es sich in diesem Vortrage natürlich schon aus Zeitgründen nur um die *ökonomischen* Teile dieser Ideologie handeln.

In deren Mittelpunkt steht ohne jeden Zweifel die Frage des *Eigentums an den Produktionsmitteln*. Sozialismus ist vor allem, um das Programm der SED von 1976 zu zitieren, „die ungeteilte Herrschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse“³, d. h. einer Produktionsweise, in der die Produktionsmittel nicht mehr in individuellem Eigentum stehen. Das ist in der DDR in der Tat der Fall, das individuelle Eigentum an Produktionsmitteln ist bis auf kleine Reste völlig verschwunden. Da dieser Restbestand in einem der folgenden Referate von Frau Haendcke-Hoppe behandelt wird, brauche ich an dieser Stelle nicht weiter darauf einzugehen.

¹ Ökonomisches Lexikon. 3., neu bearbeitete Auflage. Bd. 2 (H-P). Berlin (Ost) 1979. S. 65/66.

² G. Kertzsch: „Orientierungskrise — wo denn?“ In: Neues Deutschland vom 10./11. Oktober 1981.

³ Programm und Statut der SED. Seminar material des Gesamtdeutschen Instituts — Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben. Bonn (1976), S. 6.